

Intendanz gesucht

Wie kann Theater diverser werden?
Eine Bestandsaufnahme in Berlin. Seite 8



Leben im Karton

Sind Mikrowohnungen die Lösung
für die Wohnungskrise? Seite 11

Foto: stock.adobe/piotrszczepanek

Nicht mehr natürlich

Eine Hebamme über ihren sich
wandelnden Beruf. Seite 3

Foto: stock.adobe/S.Kobold

Mittwoch, 4. März 2020

75. Jahrgang/Nr. 54

Einzelverkaufspreis 2,10 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Lügen und Versprechen

Philip Malzahn über die
Wahltaktik Netanjahus

Mit einer Mischung aus Schlammschlacht und rosigem Versprechen hat Benjamin Netanjahu die dritte Parlamentswahl für sich entschieden. Zuerst überhäufte er seinen Herausforderer Benny Gantz mit Vorwürfen: Dieser werde von Iran unterstützt und habe psychische Probleme. Dann inszenierte er sich als lupenreiner Demokrat. Sein Versprechen: Er werde der Premierminister »jedes Bürgers Israels, jedes rechten Wählers, linken Wählers, Juden und Nichtjuden, jedes Sektors und jedes Geschlechts«.

Doch dieses Versprechen lässt sich auch anders lesen – als Drohung. Netanjahu hat bislang vor allem eins bewiesen: dass seine Politik nicht allen, sondern nur wenigen gilt, allen voran sich selbst. Netanjahu ist ein Narzisst, seine Karriere ist ihm sogar wichtiger als eine Ausweitung der Besetzung des Westjordanlandes. Genau das schienen viele rechts-konservative Israelis erkannt zu haben, als Generalstaatsanwalt Mandelblit Ende Januar Anklage wegen Korruption erhob.

Doch von alledem war am Wahlabend wenig zu spüren. Netanjahu-Anhänger skandierten »Mandelblit raus« auf den Straßen Tel Avivs, sämtliche Medien sprachen von einer beispiellosen Wiederauferstehung eines verloren geglaubten Politikers. Wenn Netanjahu im Wahlergebnis die gleiche Bestätigung seiner selbst sieht, wie es derzeit alle anderen tun, dann heißt das nichts Gutes. Weder für die palästinensische Sache noch für die israelische Demokratie.

UNTEN LINKS

Liebes Berlin! Du göltst schon lange als die »Hauptstadt der Kreativen«. (Zur Erklärung: »Kreative« sind Leute, die dafür bezahlt werden, dass sie für das, was früher »Müll« genannt worden ist, die neue Bezeichnung »Wertstoff« erfunden haben.) Deshalb heißen deine Friseurgeschäfte auch nicht mehr »Salon Kasulke« oder »Evi's Frisierstube«, sondern »Kaiserschnitt«, »Vier Haareszeiten«, »Schnittstelle«, »Haarmonie« oder »Hair-Coolies« (!). Doch die sogenannte Gentrifizierung rauscht schon lange nicht mehr nur durch Kreuzberg, sondern hat längst auch die um Kreuzberg herum befindlichen Stadtbezirke erreicht, was zur Folge hat, dass leider auch die Friseur in Neukölln extrem kreativ geworden sind und reihenweise ihre Salons umbenennen: In der Neuköllner Wesostraße heißt ein Geschäft jetzt »Weserwelles«, drei Straßen weiter ein anderes »Hair Cutter«. Die Friedrichshainer Waschsalons ziehen übrigens bereits nach (»Schleuderraum«). tbl

ISSN 0323-3375



Hoffen auf Willkommenskultur

Linke Politiker fordern Grenzöffnung, doch EU verstärkt Frontex in Griechenland



Platz wäre für die Schutzsuchenden: Eine Reihe von Kommunen wäre bereit, Geflüchtete aufzunehmen.

Foto: Alamy/ImageBROKER

Berlin. Es gibt in Deutschland nach wie vor Politiker, die sich eine ähnliche Hilfe für die Geflüchtete vorstellen können wie 2015. »Die Grenzen müssen geöffnet und das Recht auf Asyl muss für Europa wiederhergestellt werden«, erklärte Linksfraktionschefin Amira Mohamed Ali am Dienstag. Viele Kommunen hätten sich bereit erklärt, Menschen aufzunehmen. Die Grünen forderten, dass Deutschland 5000 besonders schutzbedürftige Menschen aus Flüchtlingslagern in Griechenland aufnimmt. Zudem sitzen Tausende Menschen auf der türkischen Seite der Grenze zu Griechenland fest und hoffen, in die EU zu kommen.

Die Kommunen wären heute besser für die Aufnahme von Flüchtlingen gerüstet als vor fünf Jahren. Für den Fall steigender Zahlen hielten Städte auch Reserven vor, diese seien aber begrenzt, sagten Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, und sein Kollege Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund der »Passauer Neuen Presse«. Allerdings will CDU-Mann Landsberg, dass sich eine Situation wie 2015 nicht wiederholt, als Hunderttausende Schutzsuchende nach Deutschland kamen. EU-Kommissarschefin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-

Parlamentspräsident David Sassoli reisten am Dienstag an die griechisch-türkische Grenze. Dort sagte von der Leyen den Griechen 700 Millionen Euro zu. Das Geld solle für das Migrationsmanagement sowie den Aufbau und das Betreiben der Infrastruktur genutzt werden. Die CDU-Politikerin dankte Griechenland dafür, der »europäische Schild« zu sein. Die konservative Regierung in Athen hatte das Asylrecht ausgesetzt und wehrt Schutzsuchende an der Grenze ab. Dafür werden nun von der EU 100 zusätzliche Frontex-Beamte mit Schiffen, Hubschraubern und Fahrzeugen in das Land entsendet. nd Seite 2 und 10

Ein bisschen mehr Netanjahu

Regierungschef siegt über Herausforderer Benny Gantz von der Liste Blau-Weiß

Bei der dritten Wahl in Folge konnte Benjamin Netanjahu rechtskonservativer Likud dazugewinnen. Die Vereinigte Liste der arabischen Parteien wurde drittstärkste Kraft.

Von Oliver Eberhardt

Nach der dritten Parlamentswahl innerhalb von nur einem Jahr steht Israel erneut vor einer sehr schwierigen Regierungsbildung. Denn wie schon bei den vorangegangenen beiden Wahlen schaffte es weder das Lager aus rechten und religiösen Parteien unter Führung des seit 2009 amtierenden Regierungschefs Benjamin Netanjahu, die erforderliche Mehrheit von 61 Sitzen zu erringen, noch die Gruppe der linken, zentristischen und arabischen Parteien, die den Chef der Blau-Weiß-Liste, Benny Gantz, zum Premierminister machen möchte.

Zwar legte Netanjahus Likud nun auf 36 Sitze zu, während

Blau-Weiß auf 32 Mandate abrutschte. Doch die Verschiebungen fanden vor allem innerhalb der beiden Lager statt: Die Wahlbeteiligung war so hoch wie seit 21 Jahren nicht mehr. Hauptbeteiligte waren dabei die Israelis arabischer Herkunft, die sich diese Mal trotz Corona-Krise in großer Zahl auf den Weg in die Wahllokale begaben und die Vereinigte Liste der arabischen Parteien erneut zur drittstärksten Kraft machten. Allerdings mit erheblichen Stimmen- und Mandatszuwächsen: Auf knapp unter 16 Prozent, fünf mehr als bei der Wahl im September und so viel wie nie zuvor, kommen die arabischen Parteien, unter denen die von Ayman Odeh geführte linke Chadasch hervorsteht.

In Tel Aviv und Haifa stimmten jeweils an die vier Prozent der Wähler in überwiegend jüdischen Stadtteilen für die Vereinigte Liste; ein persönlicher Erfolg für den gelernten Anwalt Odeh, der für ein

Miteinander der vielen kleinen und großen Bevölkerungsgruppen eintritt, die zusammen Israel bilden. Gleichzeitig ist im arabischen Bevölkerungsteil die Bereitschaft gewachsen, an den politischen Prozessen teilzunehmen: Boykottierte man jahrelang Wahlen, fordert man nun von den eigenen Politikern, zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen; selbst einer Regierungsbeteiligung der Vereinigten Liste würden Umfragen zufolge mehr als 80 Prozent der arabischen Wähler mittlerweile zustimmen.

In den kommenden Tagen wird nun Präsident Re'uven Rivlin einen Abgeordneten mit der Regierungsbildung beauftragen; Netanjahu hat, als Spitzenkandidat der größten Fraktion, bereits den Anspruch darauf angemeldet. Doch in zwei Wochen wird der Korruptionsprozess gegen ihn beginnen, und bislang hatten alle Parteien außerhalb des rechtsreligiösen Lagers eine Beteiligung

unter seiner Führung ausgeschlossen. Netanjahu möge Platz für einen anderen Kandidaten aus seiner Partei machen, hieß es.

Um nach fast einem Jahr als amtierender Regierungschef mit eingeschränkter Befugnisse erneut das Amt antreten zu können, müssten also mindestens zwei Abgeordnete aus dem anderem Lager zur Rechten überlaufen – oder gleich eine ganze Partei ihr Wahlversprechen brechen. Seite 5

Lesen Sie heute im Ratgeber

Erstmals Fragebögen für Mikrozensus online

Fragen & Antworten zur Sterbehilfe

Größere Sorgfalt bei Eigenbedarfskündigung

Wahl in Erfurt auf der Kippe

Ministerpräsidentenwahl könnte wegen Corona-Verdachtsfall bei Abgeordnetem verschoben werden

Erfurt. Einen Tag vor der geplanten Ministerpräsidentenwahl in Thüringen befand sich ein Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion wegen des Verdachts auf eine Coronavirus-Infektion in Quarantäne. Sollte sich der Verdacht bestätigen, wird die für diesen Mittwoch geplante Abstimmung verschoben. Die Landtagsitzung werde in diesem Fall abgesagt, weil bei einem positiven Testergebnis nicht auszuschließen sei, dass der parlamentarische Kollege infiziert habe, sagte Landtagspräsidentin Birgit Keller (Linke) am Dienstag in Erfurt. Das Testergebnis sollte am Dienstagabend vorliegen.

Bei dem 56-Jährigen handelt es sich um einen der vier CDU-Abgeordneten, die vom 17. bis 21. Februar eine Stabilitätsvereinbarung mit Linken, SPD und Grünen geschlossen hatten. Die Übereinkunft sieht vor, dass einige CDU-Abgeordnete für den Linke-Politiker Bodo Ramelow votieren und dass im Gegenzug erst im April 2021 Neuwahlen stattfinden. dpa/nd Seite 4

Reformer führt die katholische Kirche

Georg Bätzing zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt

Mainz. Der Limburger Bischof Georg Bätzing ist künftig oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland. Der 58-Jährige wurde am Dienstag auf der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Mainz zum Vorsitzenden gewählt. Bätzing ist Nachfolger des Münchner Erzbischofs und Kardinals Reinhard Marx, der mit 66 Jahren nach einer Amtszeit den Vorsitz aus Altersgründen abgab. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz hat vor allem repräsentative Aufgaben für die rund 23 Millionen deutschen Katholiken und vertritt die Bischöfe als Sprecher nach außen.

Bätzing bezeichnete sein neues Amt als große Herausforderung. »Ich bin kein zweiter Reinhard Marx«, sagte er nach seiner Wahl in Mainz. Seine Hauptaufgaben sieht Bätzing in der Aufarbeitung der Missbrauchsvorfälle und in der Fortsetzung der innerkirchlichen Reformen. Hinter dem Dialogforum Synodaler Weg stehe er »ganzt und gar«, an dessen Arbeitsweise wolle er deshalb nichts verändern. epd/nd Seite 4

Corona: Leipzig sagt Buchmesse ab

EU geht in den Krisenmodus

Leipzig. Die Leipziger Buchmesse ist wegen des Coronavirus abgesagt worden. Es handele sich um eine »Präventionsmaßnahme«, damit sich das Virus in Deutschland nicht weiter ausbreiten könne, sagte ein Stadtsprecher am Dienstag. Die Messe sollte vom 12. bis 15. März stattfinden.

Bislang gibt es in Deutschland mindestens 191 bestätigte Corona-Infektionen in 15 Bundesländern. Weltweit wurden am Dienstag 92138 Infizierte gemeldet, 3134 Menschen sind gestorben. Die Lungenkrankheit sorgt global für Störungen im Wirtschaftskreislauf. Die OECD warnt vor einer möglichen Rezession. Die EU hat wegen der Ausbreitung des Coronavirus einen Krisenmodus aktiviert.

Wie der EU-Rat mitteilte, wurde die sogenannte integrierte politische Krisenreaktion nun vollständig ausgelöst. Damit könne die EU sich auf »wichtige Lücken« im Vorgehen gegen die Viruserkrankung konzentrieren und Entscheidungen schnell vorbereiten. Zudem könnten Drittstaaten oder Akteure wie die Weltgesundheitsorganisation leichter eingebunden werden. Seite 9, 11 und 15